



Jürgen Kerner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Kempten

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass ich heute bei Euch hier in Kempten im Allgäu sein darf, um gemeinsam den 1. Mai zu feiern.

Lasst mich gleich am Anfang Glückwünsche überbringen. Nämlich an den Milchwirtschaftlichen Verein Allgäu-Schwaben zu seinem 125. Jubiläum. Auch wir Metaller wissen, dass die Milchwirtschaft im Allgäu traditionell stark ist.

Und lasst mich den Kolleginnen und Kollegen von ver.di gratulieren. Ihr habt hervorragend mobilisiert und ein wirklich gutes Ergebnis erreicht. Das unterstützt und ermutigt uns.

Aktuell führen unsere Kolleginnen und Kollegen der IG BCE die Tariffbewegung für die Chemieindustrie, auch wir von der IG Metall sind gefordert. Beide Branchen stehen insgesamt gut bis hervorragend da. 40 Milliarden Umsatzrendite wurden 2011 in der Metall- und Elektroindustrie erreicht. Dieses Jahr verspricht wieder gut zu werden. Da ist es nur recht und billig, dass die Beschäftigten ihren Anteil bekommen!

Kolleginnen und Kollegen, das ist aber nicht alles: Uns geht es gerade auch um die Übernahme aller Auszubildenden! Und die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit!

Wir haben lange auf ein Angebot der Arbeitgeber warten müssen. Was dann auf den Tisch kam, war eine Provokation.

- Das Entgelt: Würde gerade mal die Inflationsrate ausgleichen.
- Die Übernahme der Auszubildenden: Nur eine unverbindliche Empfehlung.
- Die Mitbestimmung bei Leiharbeit: einfach abgelehnt.

Das hat mit fairer Beteiligung nichts zu tun. Auch die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie haben mehr verdient!

Vor zwei Tagen ist die Friedenspflicht abgelaufen. Überall laufen die Warnstreiks an. Ich bin sicher: Bundesweit werden unsere Kolleginnen und Kollegen den Arbeitgebern zeigen, was sie von ihrem Auftritt halten. Unsere Geduld ist jetzt zu Ende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie gesagt: Wir haben neben der Entgelterhöhung zwei weitere, gleichrangige Forderungen aufgestellt.

Wir fordern die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden. Wir wollen nicht, dass Jugendliche ausgegrenzt werden. Diese Gesellschaft lebt von der Solidarität zwischen den Generationen. Man kann nicht über demographische Probleme und Fachkräftemangel klagen und sich dann aus der Verantwortung stehlen.

Die Verwilderung des Arbeitsmarktes trifft unsere jungen Kolleginnen und Kollegen besonders hart: Immer mehr landen in der Leiharbeit: So darf der Start in das Berufsleben nicht aussehen.

Die Arbeitgeberverbände wollen uns mit einem Appell an den guten Willen abspeisen. Darauf lassen wir uns gar nicht erst ein. Lippenbekenntnisse reichen nicht. Alles Gejammer über den heraufziehenden Fachkräftemangel nützt gar nichts, wenn alle nur reden, aber nichts dagegen tun. Und wenn hunderttausende junge Menschen trotz des Fachkräftemangels eben keine Sicherheit und keine Perspektive bekommen.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen feste, belastbare Vereinbarungen für eine sichere Perspektive der jungen Generation!

Im letzten Jahr sind fast 48.000 junge Menschen unter 27 in die IG Metall eingetreten. So viel wie seit Jahren nicht mehr. Da bewegt sich etwas. Die jungen Beschäftigten wollen sich diese Behandlung nicht länger gefallen lassen. Sie kämpfen um ihre berufliche Zukunft. Und dabei stehen wir an ihrer Seite!

Drittens: Wir fordern erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Leiharbeit für die Betriebsräte.

Die Leiharbeit ist inzwischen auf weit über 900.000 Beschäftigte gestiegen – soviel wie nie zuvor.

Sie schafft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb. Für gleiche Arbeit erhalten Leiharbeiter bis zu 50 Prozent weniger Entgelt und haben kaum Rechte.

Zugleich werden sie als Druckmittel eingesetzt gegen die anderen, die noch unter regulären Bedingungen arbeiten. Dieses Zweiklassensystem gehört abgeschafft!

Leiharbeit muss auf die wenigen Fälle beschränkt bleiben, wo Auftragsspitzen nicht anders abgearbeitet werden können. Und das auch nur bei gleicher Bezahlung. Um das durchzusetzen, brauchen die Betriebsräte mehr Rechte beim Einsatz von Leiharbeit.

Wer kennt die Verhältnisse vor Ort besser als die Betriebsräte? Das ist für uns ein Stück mehr Demokratie. Wir wollen mehr demokratische Rechte für die Beschäftigten!

Hier prallen Welten aufeinander. Die Arbeitgeber schalten auf stur. Und nicht nur das. Sie fordern eine Ausdehnung der Befristungen, längere Arbeitszeiten, noch mehr Flexibilität. Die Beteiligung der Beschäftigten ist ihnen ein Dorn im Auge.

Kolleginnen und Kollegen, es geht um einen Grundkonflikt. Wie soll die Arbeit in Zukunft aussehen? Werden die Beschäftigten zum Spielball von Konjunktur und Auftragslage – oder gibt es tariflich gesicherte, materiell akzeptable und durch Arbeitnehmerrechte geschützte Arbeitsplätze? Das ist der Grundkonflikt, und den müssen und werden wir austragen.

Es geht auch nicht nur um Leiharbeit. Dahinter steht das ganze Feld der ungesicherten Arbeitsverhältnisse:

Die Werkverträge, die Praktika, die Minijobs, die Scheinselbstständigkeit und so weiter. Das muss ein Ende haben! Wir wollen gute Arbeit für alle!

Kolleginnen und Kollegen,

wenn sich die Arbeitgeber nicht sehr schnell sehr deutlich bewegen, dann steuern wir mit Volldampf auf einen Riesenkrach zu!

Ich kann den Arbeitgebern nur raten: Machen Sie schnell ein Angebot, das diesen Namen auch verdient! Wir sind vorbereitet auf Urabstimmung und Streik. Und wir werden – wenn es sein muss – diesen Konflikt führen, auch mit Schmerzen für die Unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa befindet sich in einer tiefen Krise. Die Staatsverschuldung ist in drei Jahren um fast 30 Prozent des BIP gestiegen.

Die Staaten haben schlecht gewirtschaftet, behaupten die Marktradikalen, um ihre Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu rechtfertigen. Aber die entscheidenden Ursachen liegen woanders. Es sind die Folgen der Finanzmarktkrise: Die fehlenden Steuereinnahmen, die Kosten der Arbeitslosigkeit, Konjunkturprogramme und die Mittel zur Rettung der Banken. Die Finanzmärkte sind die Verursacher, die Schulden die Folgen.

Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir politisch immer wieder klar machen!

In jedem Land gibt es noch einmal besondere Hintergründe. Schauen wir nach Spanien.

Die spanischen Staatsfinanzen waren gut geordnet. Die Finanzindustrie hat dort das Geschäft mit Immobilien angeheizt. Die Spekulationsblase ist durch die Krise geplatzt. Dadurch wurde ein ganzes Land in den Abgrund gerissen.

Im Bildungswesen wird gespart, bei den Sozialausgaben, der Kündigungsschutz wird abgebaut.

48 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Eine ganze Generation wird ins Abseits geschickt. So darf man den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht zerstören!

Die spanischen Gewerkschaften haben vor drei Wochen mit ihrem Generalstreik deutlich gezeigt, dass sie sich das nicht gefallen lassen werden!

Wir stehen an der Seite der spanischen Kolleginnen und Kollegen! Und aller anderen, die sich in Europa gegen eine Politik stellen, die nur die Beschäftigten trifft, die Tarifverträge bricht und den Sozialstaat zerstört, aber die Krisenursachen ungeschoren lässt. Unsere Solidarität gilt allen, die sich dagegen wehren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der europäischen Union hat sich ein rigider Sparkurs durchgesetzt.

Daran war die Bundesregierung maßgeblich beteiligt. Für die meisten Länder sieht das so aus: Es wird gespart – natürlich an den Sozialausgaben – die Wirtschaftsleistung geht zurück, die Steuern sinken, es muss noch mehr gespart werden und so weiter. So entsteht eine Abwärtsspirale, die ganz Europa in die Rezession treibt. Diese Politik ist extrem kurzsichtig! Dieses Sparen kommt uns allen teuer!

„Jeder stirbt für sich allein.“ Nach diesem Motto darf es nicht länger gehen. Das ist nicht unsere Idee von Europa. Die EU muss sozial und wirtschaftlich eine Verantwortungsgemeinschaft werden. Europa muss für Solidarität und mehr Lebenschancen stehen!

Mit Sparen werden Griechenland und Spanien weder ihre Schulden noch die Arbeitslosigkeit in den Griff kriegen! Das hat noch nie und nirgendwo funktioniert. Wir brauchen vielmehr eine Wachstumsperspektive für Europa. Die Menschen müssen spüren, dass es eine Idee davon gibt, wie es auch wieder aufwärts gehen kann!

Um nicht falsch verstanden zu werden: Auch wir sind für Haushaltsdisziplin. Aber sie darf die Wirtschaft nicht abwürgen!

Staatsverschuldung lässt sich auch anders abbauen, z.B. durch Steigerung der Einnahmen: Durch stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen. Es ist doch kläglich, dass es nicht einmal im Euroraum gelingt, eine Finanztransaktionssteuer durchzusetzen!

Wir brauchen einen Marshallplan für Europa, der den Absturz in die Rezession verhindert. Der neue wirtschaftliche Impulse gibt. Der auch Akzente setzt in Richtung auf Bildung, auf Forschung und Entwicklung und – ganz wichtig – für den ökologischen Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen in Deutschland eine Politik, die Arbeit achtet, soziale Sicherheit stärkt und die ökologischen Probleme endlich in Angriff nimmt.

Und was erleben wir?

Das Gesetz gegen den Missbrauch der Leiharbeit ist das Papier nicht wert, auf das es gedruckt wurde. Beim gesetzlichen Mindestlohn ist kein Fortschritt zu erkennen. Die Regelung der Tarifeinheit kommt über das Ankündigungsstadium nicht hinaus.

Die Energiewende schien nach Fukushima wieder auf der richtigen Spur zu sein. Heute tritt sie auf der Stelle. Neue Ansätze zur Förderung alternativer Energien fehlen, aus der Solar- und Windenergiebranche lesen wir negative Schlagzeilen. Ein riesiges Beschäftigungsprogramm könnte die Wärmedämmung der Häuser sein. Doch auch das kommt nicht vom Fleck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel:

- Die Finanzmärkte müssen reguliert und wieder Dienstleister der Realwirtschaft werden.

- Unsichere Beschäftigung und Niedriglohnsektor müssen beseitigt und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.
- Die gesellschaftliche Spaltung muss überwunden werden durch mehr Verteilungsgerechtigkeit und faire Teilhabe.
- Der ökologische Umbau der Wirtschaft muss vorangetrieben werden.
- Beteiligung und demokratische Rechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden.
- Und wir brauchen ein zukunftsfähiges Europa.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben ein Ziel: „Gute Arbeit für Europa – gerechte Löhne, soziale Sicherheit“.

Dabei geht es nicht mehr darum, die Straßenseite zu wechseln und auf der anderen Seite auf gleichem Kurs weiter zu marschieren – nein, die ganze Richtung muss sich ändern! Wir wollen den Kurswechsel – in Deutschland, in Europa.

Unser positives Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit ist klar:

- gut, sicher, qualifiziert und anständig bezahlt
- unbefristet und tarifgebunden
- mit guter Aus- und Weiterbildung
- gesund bis zur regulären Rente
- mit Mitbestimmung und Demokratie

Es ist deshalb höchste Zeit, die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt Stück für Stück wieder herzustellen. Und dort, wo wir das selbst können, warten wir nicht auf die Politik! Wir packen das selbst an!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf die Metallerinnen und Metaller kommen turbulente Tage und Wochen zu.

Ich möchte mich ganz am Schluss bei all denen bedanken, die uns in den vergangenen Wochen bei unseren Aktionen zur Seite gestanden haben oder noch unterstützen werden.

Vielen Dank für eure Solidarität!